



Schweiz und Grossbritannien setzen starkes Signal für offene Märkte für Finanzdienstleistungen

Bundesrat Ueli Maurer und der britische Finanzminister Rishi Sunak wollen die grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen zwischen beiden Ländern fördern. Diesbezüglich haben sie heute eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet. Durch die gegenseitige Anerkennung von Regulierungen soll die Öffnung der Märkte für Finanzdienstleistungen erfolgen. economiessuisse begrüsst diesen Entscheid. Gemeinsam mit den britischen Dach- und Branchenverbänden hatte economiessuisse schon seit längerer Zeit die Schaffung besserer Rahmenbedingungen gefordert.

Die Schweiz und Grossbritannien zählen zu den stärksten Finanzplätzen und grössten Exporteuren von Finanzdienstleistungen weltweit. Gleichzeitig verbindet sie langjährige und enge Wirtschaftsbeziehungen. Diese konnten durch eine Reihe bilateraler Abkommen, die zwischen Dezember 2018 und Februar 2019 unterzeichnet wurden, auch über den Zeitpunkt des Brexits hinaus weitgehend gesichert werden. Mit der Unterzeichnung der Absichtserklärung, bald mit Verhandlungen über eine gegenseitige Öffnung der Märkte für Finanzdienstleister zu beginnen, gehen die Schweiz und Grossbritannien nun aber noch einen Schritt weiter und bereiten sich auf die Zeit nach dem Austritt Grossbritanniens aus dem europäischen Binnenmarkt vor. Der verbesserte Marktzugang soll auf Basis der gegenseitigen Anerkennung nationaler Regulierungen erfolgen.

«Wir begrüssen diesen Schritt sehr, denn beide Länder werden grossen Nutzen aus der Intensivierung der grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen ziehen

können. Dieser Absichtserklärung sollen nun rasch Resultate folgen», sagt Heinz Karrer, Präsident von economiesuisse.

Die Wirtschafts- und Branchenverbände beider Länder hatten schon seit längerer Zeit die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen gefordert. Wie sie sich dies vorstellen, haben sie in einem gemeinsamen Positionspapier am 28. April 2020 veröffentlicht. Die Wirtschaftsvertreter beider Länder erwarten, dass nun möglichst bald ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Finanzregulierungen ausgehandelt wird.